

Unverkäufliche Leseprobe



**Eckart Conze**  
**Das Auswärtige Amt**  
Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart

144 Seiten. Paperback  
ISBN: 978-3-406-63173-3

Weitere Informationen finden Sie hier:  
<http://www.chbeck.de/9460062>

#### **4. Kapitel: «Neue Diplomatie»?**

### **Das Auswärtige Amt des Dritten Reiches (1933–1945)**

«Man lässt sein Land nicht im Stich, weil es eine schlechte Regierung hat.» Kurz vor seinem Tod 1936 rechtfertigte AA-Staatssekretär Bernhard Wilhelm v. Bülow sein Verharren im Amt nach der nationalsozialistischen Machtübernahme. Drei Jahre zuvor war das nationalsozialistische Regime, das seit dem 30. Januar 1933 seine Herrschaft errichtete, in der Einschätzung Bülows nicht mehr als ein weiteres Kabinett in der langen Serie wechselnder Regierungen der Weimarer Republik. Noch am Tag der nationalsozialistischen Machtübernahme ging ein Rund-erlass Bülows an alle deutschen Auslandsvertretungen: Es bestehe kein Grund zur Beunruhigung. Außenministerminister Neurath, Finanzminister Schwerin v. Krosigk, aber auch der neu ins Amt gekommene Reichswehrminister v. Blomberg stünden für die Kontinuität deutscher Politik. Doch während der nationalsozialistische Propagandaapparat am 21. März 1933 in der Potsdamer Garnisonskirche Hitler und die nationalsozialistische Führung in eine alte preußisch-deutsche Tradition stellte, die von Friedrich II. über Bismarck bis hin zu Hindenburg reichte, hatte überall im Land längst die Verfolgung politischer Gegner begonnen, waren Grundrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft gesetzt und Vorbereitungen für ein Ermächtigungsgesetz getroffen worden, das wenige Tage später in Deutschland den Parlamentarismus abschaffte und die gesamte Staatsgewalt der nationalsozialistischen Regierung übertrug. Auch der Antisemitismus der nationalsozialistischen Bewegung war zum Regierungsprogramm geworden, Gewalt und Terror gegen jüdische Deutsche waren an der Tagesordnung.

Bülows Position von 1933 war ein politisches Urteil, kein moralisches. Darin spiegelte sich die Überzeugung des Staatssekretärs, die Regierung Hitler werde bald abgewirtschaftet ha-

ben und durch eine andere, ein weiteres Präsidialkabinett, ersetzt werden. Das war nicht die Vorstellung, die Nationalsozialisten durch Regierungsbeteiligung zähmen zu können, für die Hitlers Vizekanzler Franz v. Papen stand und wie sie im national-konservativen Lager weithin vertreten wurde, sondern die Idee einer Übergangsperiode, eines Experiments, das rasch fehlschlagen werde. Gerade aus dieser Überzeugung aber leitete sich für Bülow und für die Führung des Auswärtigen Amts der Imperativ kontinuierlicher und unbeirrter Tätigkeit ab, um eine Fortsetzung des außenpolitischen Kurses der letzten Jahre sicherzustellen. Vor diesem Hintergrund ist auch ein Rücktrittsgesuch zu sehen, das Bülow im Mai 1933 entwarf, und sein Bemühen, eine Reihe von Spitzendiplomaten, die Botschafter in London, Paris und Moskau, zu einer gemeinsamen Demissionserklärung zu bewegen. Aber um Rücktritt ging es eigentlich nicht. Vielmehr wollte der Staatssekretär den außenpolitischen Einfluss des Auswärtigen Amts festigen und außenpolitische Kontinuität erreichen; er wollte Druck auf die Regierung ausüben und zugleich – ein für die Geschichte des Auswärtigen Amts nach 1933 zentraler Aspekt – die außenpolitische Führungsrolle des Amts angesichts konkurrierender Ansprüche von NS-Organisationen absichern. Am Ende blieb die Rücktrittsofferte in der Schublade. Schien Bülow das Risiko zu groß, dass sie angenommen werden könnte und der außenpolitische Einfluss des Auswärtigen Amts in der Folge eher zurückgehen würde? «Die Neugestaltung Deutschlands», so hieß es in Bülows Entwurf, habe «Erscheinungen und Vorgänge gezeitigt, die mit der Würde und Sicherheit des Reiches und mit der Fortführung einer gesunden Außenpolitik unvereinbar sind». Darum ging es im Kern: um die Kontinuität deutscher Außenpolitik und ihren seit dem Tod Stresemanns forcierten Revisionskurs. Den Terror und die Gewalt überall in Deutschland, die Bülow und die deutschen Spitzendiplomaten in aller Klarheit wahrnahmen, hielt man für «Revolutionerscheinungen», die sich «allmählich abschleifen» würden.

Nur wenige deutsche Diplomaten waren nicht bereit, einem Regime zu dienen, das für eine solche Gewaltpolitik verant-

wortlich war und die Demokratie zerstörte. Zu ihnen gehörte Friedrich v. Prittwitz und Gaffron, der Botschafter in Washington, der noch im Frühjahr 1933 den Dienst quittierte. Er könne, so begründete Prittwitz gegenüber Außenminister Neurath seinen Schritt, «sowohl aus Gründen des persönlichen Anstandes wie solchen der sachlichen Aufgaben» nicht weiter seinen Dienst ausüben, ohne sich «selbst zu verleugnen». Albrecht Graf Bernstorff, zweiter Mann der Londoner Botschaft, der wegen seiner Kritik am Nationalsozialismus aus England abberufen worden war und nach Singapur abgeschoben werden sollte, ließ sich Ende 1933 in den Ruhestand versetzen. Doch Prittwitz und Bernstorff waren Ausnahmen. Die allermeisten ihrer Kollegen, gerade auch in den Spitzenrängen des deutschen Auswärtigen Dienstes, versahen ihre Aufgaben, ob nun in der Berliner Zentrale oder in den Missionen im Ausland, mit großer Geschäftsmäßigkeit weiter. Und wenn der Außenminister, immerhin selbst ein Angehöriger des Auswärtigen Dienstes, der Staatssekretär und so gut wie alle Spitzendiplomaten auf ihren Posten blieben, war das nicht auch ein Signal für die übrigen Amtsangehörigen? So erschien vielen Diplomaten der 30. Januar 1933 nicht als die tiefe Zäsur, die sich in der Retrospektive mit diesem Datum verbindet. Den Nationalsozialismus und die nationalsozialistische Regierung seit 1933 maß man nicht, zumindest aber nicht primär, an den inneren Entwicklungen in Deutschland, sondern an ihrem außenpolitischen Programm und ihrer Außenpolitik. Und diese Außenpolitik schien genauso auf Revision des Versailler Vertrags, auf eine Überwindung der Versailler Ordnung und auf einen Wiederaufstieg Deutschlands zu einer europäischen Großmacht gerichtet wie der Kurs, den das Auswärtige Amt und seine Führung vertraten.

Dabei war Außenminister Neurath anwesend, als Hitler am 3. Februar 1933 den Spitzen der Reichswehr seine außenpolitische Zielsetzung darlegte. Von seiner Absicht der «Eroberung neuen Lebensraums im Osten» und dessen «rücksichtsloser Germanisierung» sprach der Reichskanzler völlig offen und entwickelte einen Stufenplan zur Realisierung dieses Ziels. Zunächst sollte die bisherige Außenpolitik der Revision fortgeführt, da-

nach die deutsche Großmachtstellung in Europa wiedergewonnen werden, begleitet vom «Aufbau der Wehrmacht», um dieses militärische Potential schließlich zur Durchführung einer rasenideologisch determinierten Lebensraumpolitik auch einzusetzen. Das Auswärtige Amt reagierte mit einer Denkschrift, die Staatssekretär Bülow im März 1933 verfasste und Neurath Anfang April im Reichskabinett vortrug, auf Hitlers Ausführungen. Auch die Denkschrift aus dem AA entwickelte einen Stufenplan, in dem einer ersten Phase des wirtschaftlichen, finanziellen und militärischen Wiedererstarkens Deutschlands eine zweite Phase territorialer Revisionen folgen sollte, einschließlich des «Anschlusses» Österreichs und des Erwerbs alter und neuer Kolonien. Was der AA-Spitze offensichtlich vorschwebte, war eine deutsche Machtposition, die der des Kaiserreichs vor 1914 entsprach. Man kann nun aus Bülows Denkschrift primär die Unterschiede herauslesen zu Hitlers Ausführungen von Anfang Februar, und in der Tat finden sich in der Denkschrift aus der Wilhelmstraße insbesondere keinerlei Hinweise auf eine Übernahme von Hitlers Lebensraum- und Germanisierungsvorstellungen. Wichtiger aber als die Unterschiede waren in der Anfangsphase der nationalsozialistischen Herrschaft die Gemeinsamkeiten der beiden Konzeptionen, und diese waren beträchtlich und erklären auch, warum Neurath, als er Bülows Überlegungen im Kabinett vorstellte, nicht auf Widerspruch stieß. Das für die Stabilisierung des NS-Regimes so wichtige nationalkonservativ-nationalsozialistische Bündnis beruhte auch auf außenpolitischer Übereinstimmung, die ihrerseits wiederum eine wichtige innenpolitische Bedeutung hatte. Der Konsens über die kurz- und mittelfristigen außenpolitischen Ziele ließ die Unterschiede der Endziele so weit in den Hintergrund treten, dass daraus kein Konflikt entstehen konnte. Die Teilidentität der Ziele reichte in den ersten Jahren seit 1933 völlig aus, um das Auswärtige Amt und sein Spitzenpersonal zur Unterstützung der nationalsozialistischen Außenpolitik zu motivieren.

Die prinzipielle Übereinstimmung im Hinblick auf eine forcierte Revisionspolitik schloss Spannungen zwischen dem Auswärtigen Amt und der Reichskanzlei oder unterschiedliche Posi-

tionen in Einzelfragen nicht aus. Die grundsätzliche «Gleichartigkeit und Gleichgerichtetheit» (Marie-Luise Recker) der außenpolitischen Zielsetzungen Hitlers und seiner nationalkonservativen Koalitionspartner wurde dadurch aber nicht in Frage gestellt. Das gilt beispielsweise für den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt vom 26. Januar 1934, mit dem die Reichsregierung von dem antipolnischen Kurs abwich, für den das Auswärtige Amt stand und zu dem zugleich eine deutlich prosojettische Politik gehörte, die noch im Mai 1933 in der Verlängerung des Berliner Vertrags mit der Sowjetunion ihren Ausdruck gefunden hatte. Doch der Dissens in der Polenpolitik war eine Ausnahme, nicht die Regel. Er führte jedoch im Juni 1934 zum Rücktritt des deutschen Botschafters in Moskau, Rudolf Nadolny, der die antisowjetische Politik scharf kritisierte und darüber sogar in eine direkte Auseinandersetzung mit Hitler geraten war. Eine prinzipielle Ablehnung des Nationalsozialismus stand aber – anders als 1933 bei Prittwitz – hinter der Demission des Moskauer Botschafters nicht. Der deutsch-polnische Vertrag machte allerdings deutlich, dass Hitler die Außenpolitik nicht allein seinem Außenminister oder dem Auswärtigen Amt überlassen wollte, sondern dass er immer stärker eigene Akzente zu setzen gedachte, um schließlich Kurs und Tempo zu bestimmen. Das betraf auch die Mittel und Methoden einer immer stärker militarisierten und immer aggressiveren Außenpolitik, die ihren vorläufigen Höhepunkt im März 1936 fand, als Deutschland die Locarno-Verträge brach und die Wehrmacht in das bis dahin entmilitarisierte Rheinland einmarschierte. Hatte das Auswärtige Amt, vor allem Staatssekretär Bülow, im Vorfeld vor den Risiken eines solchen Schrittes gewarnt, so konnte sich Hitler angesichts der weitgehenden Passivität der Westmächte, deren Reaktion sich auf Protestnoten beschränkte, in seinem Kurs bestätigt fühlen und einen großen außenpolitischen Erfolg für sich verbuchen. Das schwächte die Position des Auswärtigen Amtes. Für Goebbels waren die Diplomaten «Angstmeier im Gewand des Warners», unfähig «zu jedem kühnen Entschluss».

Auch andere führende Nationalsozialisten und Hitler selbst äußerten sich immer wieder kritisch, ja abfällig über das Aus-

wärtige Amt und seine Angehörigen. Die Diplomaten galten nicht nur als Bedenkenträger, sondern sie waren in den Augen der neuen Machthaber auch Repräsentanten einer aristokratisch geprägten Elite mit reaktionären Einstellungen, deren Zeit man für längst abgelaufen hielt. Solche Wahrnehmungen und solche Kritik blieben nicht ohne Wirkung auf viele einzelne Diplomaten, aber auch auf das Auswärtige Amt als Institution insgesamt. Die Sorge, marginalisiert und aus dem politischen Entscheidungszentrum verdrängt zu werden, verbunden mit der Angst vor individuellem wie institutionellem Status- und Prestigeverlust, verstärkte die Anpassungsbereitschaft und führte seit 1933 zu einer nicht nur nachvollziehenden, nationalsozialistischen Vorgaben folgenden, sondern auch zu einer immer wieder vorauseilenden und initiativ werdenden Kooperation mit dem Regime. «Dem Führer entgegen arbeiten»: Die Formulierung, die Ian Kershaw verwandt hat, um die Dynamik der Entstehung und Durchsetzung des Führerstaats zu erklären, lässt sich auch auf das Auswärtige Amt beziehen, das Hitlers Politik mittrug, umsetzte und sich ganz in ihren Dienst stellte, um die eigene Unentbehrlichkeit und Eigenständigkeit im nationalsozialistischen Herrschaftssystem unter Beweis zu stellen. Dabei half dem Amt allerdings auch die Tatsache, dass sich Hitler gerade in den ersten Jahren der Diktatur trotz aller Kritik auf die Kompetenz und Professionalität der Diplomaten angewiesen glaubte. Diese halfen nicht nur, die Außenpolitik des Dritten Reiches umzusetzen, sondern ihnen fiel auch die wichtige Funktion zu, die innere Entwicklung in Deutschland, die Errichtung und Stabilisierung der Diktatur, eine Politik der Gewalt, der Verfolgung und des Terrors, nach außen abzuschirmen und beschwichtigend zu wirken. Diese Aufgabe konnte nur das Auswärtige Amt mit seinem weltweiten Netz diplomatischer und konsularischer Vertretungen, aber auch mit der hohen Professionalität und Routine seiner Diplomaten leisten. So behauptete das Amt seine Position innerhalb des nationalsozialistischen Herrschaftsapparats, war aber gerade deshalb als Auswärtiges Amt des Dritten Reiches von Anfang an Teil des nationalsozialistischen Unrechtsregimes.

Für die Führung des AA und Außenminister Neurath wurde der Schulterschluss mit Hitler nach dem Tod Hindenburgs im August 1934 noch wichtiger. War bis dahin der Reichspräsident der wichtigste Protektor des Auswärtigen Amtes und insbesondere des Außenministers in der Staatsspitze gewesen, so konzentrierte sich jetzt die gesamte politische Macht bei Hitler, der nun auch die Vollmachten des Staatsoberhauptes übernahm. Auch die Beamten des Auswärtigen Dienstes hatten einen neuen Eid zu leisten und dem «Führer» Treue und Gehorsam zu schwören. Bereits im Dezember 1933 war der «deutsche Gruß» die verpflichtende Grußform unter den Diplomaten geworden, und zum ersten Jahrestag der Machtübernahme veröffentlichte Außenminister Neurath in der *Berliner Börsen-Zeitung* einen Artikel, in dem er die politische Loyalität des Auswärtigen Amtes und seiner Angehörigen unterstrich. Das politische Instrument, welches das Amt darstelle, habe «in der Hand der neuen Staatsführung erfolgreich gearbeitet», hieß es dort. Und weiter: Die «geistige Gleichschaltung der Beamtenschaft des Auswärtigen Amtes mit dem Nationalsozialismus» habe sich ohne Schwierigkeiten vollziehen können; sie sei dadurch erleichtert worden, dass das Amt von den Einflüssen des Weimarer Parteienstaates weitgehend frei geblieben sei. Das wirft nicht nur ein bezeichnendes Licht auf den Auswärtigen Dienst der Weimarer Republik und den begrenzten Erfolg der Schülerschen Reform, die ja auch auf Republikanisierung und Demokratisierung zielte und an deren Überwindung beziehungsweise Vereitelung Neurath selbst einen nicht unwesentlichen Anteil hatte, sondern es dokumentiert für das Auswärtige Amt die Selbstgleichschaltungsdynamik der Jahre 1933/34.

[...]

---

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: [www.chbeck.de](http://www.chbeck.de)